

53. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Feber 1956

445/J

A n f r a g e

der Abg. K a n d u t s c h, Dr. R e i m a n n, Dr. K r a u s und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend den Beitritt Österreichs zur Montanunion.

-.-.-.-

Das Verhältnis Österreichs zur Montanunion scheint vielen Politikern und Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens kein aktuelles Problem zu sein. Auch der Herr Minister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe hat auf mehrere mündlich gestellte Anfragen von WdU-Abgeordneten in dem Sinne geantwortet, daß der technische und organisatorische Zustand dank der großen Investitionen und der Führung der Betriebe ein Fernbleiben Österreichs aus der Montanunion erlaube.

Summarisch gesehen, glauben die anfragestellenden Abgeordneten, daß diese Ansicht lediglich solange Geltung haben kann, als die augenblickliche Konjunktur anhält, daß aber bei Abschwächung der Konjunktur die Mitgliedschaft Österreichs gerade wegen der ausserordentlich hohen Exportabhängigkeit der eisenerzeugenden Industrie zur unbedingten Notwendigkeit würde. Den vielen Vorteilen des Beitrittes Österreichs zur Montanunion - gemeinsamer Markt mit 160 Millionen Verbrauchern ohne Zollschranken, Durchsetzung des Konkurrenzprinzipes innerhalb der Union, sichere Versorgung mit Kohle und Schrott, gemeinsame Krisenbekämpfung durch eventuelle Investitionshilfe, verstärkte Förderung der Forschung usw. - stehen natürlich auch Gegengründe gegenüber, die aber keine unüberwindlichen Hindernisse darstellen. Die Vorteile etwa des "gespaltenen" Preises für die eisenverarbeitende Industrie könnten die Nachteile, im Falle eines Exportrückganges nicht die Unterstützung, sondern die Konkurrenz der Montanunion zu besitzen, niemals aufwiegen. Schließlich müssen es diese gemeinsamen Vorteile gewesen sein, die bewirkt haben, daß alle Länder des freien Europas eingetreten sind oder England sich um eine Assoziation bemühte. Es besteht kein Zweifel, daß es Österreich gelingen würde, zur Behebung vieler Schwierigkeiten Übergangsbestimmungen zu erlangen. So z.B. müßten im Laufe der Zeit die unter dem Niveau der Montanunion liegenden Löhne auf die gleiche Höhe gehoben werden. Das muß aber auch so geschehen, soll nicht das Lohngefälle zu einem weiteren Abwandern der österreichischen Fachkräfte führen. Auf die Dauer sind Exporterfolge nicht auf niedere Löhne zu gründen.

54. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Feber 1956

Neben den bedeutenden wirtschaftlichen Überlegungen, die im Für und Wider schon deshalb ein Übergewicht des Für ergeben, weil die Krisenvorsorge wegen der starken Exportabhängigkeit unserer Eisenindustrie eine Hauptaufgabe darstellt, sind aber auch die politischen Gesichtspunkte nicht aus dem Auge zu lassen. Der Neutralitäts-Status, den sich Österreich geben mußte, um den Staatsvertrag zu erreichen, ist weder rechtlich, noch viel weniger psychologisch ein Hindernis für Österreich, an den Bestrebungen einer Integration Europas aktiv teilzunehmen.

Die Fraktion der anfragestellenden Abgeordneten ist immer für alle Aktionen eingetreten, die der Vereinigung der europäischen Staaten dienen, welche allein unserem Kontinent den ihm adäquaten Platz unter den großen Machtblöcken der Welt sichern kann. Sie ist deshalb für den Beitritt Österreichs als Mitglied zum Europarat ebenso wie für den Eintritt in die Montanunion, die sich als ein bedeutender Baustein des geeinten Europas bereits bewährt hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die österreichische Bundesregierung die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit,

1. sich zu Äussern, ob sie den Beitritt Österreichs zur Montanunion für die Zukunft unserer Montanindustrie als eine Notwendigkeit erachtet und wenn ja,
2. unverzüglich alle Schritte für die Aufnahme Österreichs in die Montanunion zu unternehmen?

-----